



Pressekonferenz, 16. April 2018, Berlin

Hohe Zuversicht der Unternehmen – hohe Risiken durch Protektionismus

IW-Konjunkturprognose und IW-Konjunkturumfrage
Frühjahr 2018

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft

Es gilt das gesprochene Wort

1. Solide Inlandsbasis schafft Resilienz

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert. Die protektionistische Tonart der US-Administration provoziert einen globalen Handelskonflikt, die mäandernde Rhetorik des US-Präsidenten verstört immer mehr und verunsichert Investoren. Dies kann weitere Problemlagen wie eine Finanzmarktkrise in China oder in Europa nach sich ziehen. Nicht zuletzt gefährden die politische und ökonomische Lage in Italien und die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten über die Gestaltung des Brexits die wirtschaftliche Erholung und Stabilität in Europa. Eine Reihe von geopolitischen Anspannungen sorgt für weitere ökonomische Unsicherheit. Die Tonlage tendiert aus vielen Gründen in Richtung Moll, trotzdem gilt: Die Weltwirtschaft erscheint robust, sie ist aber anfällig. Die politischen Risiken sind hoch.

Bislang zeigt die deutsche Wirtschaft eine hohe, angebotsseitig begründete Resilienz. Diese resultiert auch aus dem breiten binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung, der weiterhin anhält. Damit kommt die deutsche Wirtschaft nicht aus der Spur. Das bestätigen die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage, die wir Ihnen heute zusammen mit der IW-Frühjahrsprognose vorstellen.

Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 2018 in Deutschland um gut 2 Prozent und 2019 um 2 Prozent zulegen. Dabei werden anhaltend gute, aber keine sich weiter aufhellenden Außenwirtschaftsperspektiven unterstellt. Die Investitionstätigkeit verstetigt sich und der Private Konsum liefert weiterhin hohe Wachstumsschübe. Letzteres liegt vor allem an der ansteigenden Beschäftigung. Diese

trägt maßgeblich dazu bei, dass trotz der steigenden Staatsausgaben ein öffentlicher Haushaltsausgleich gelingen kann.

Eine Eskalation der aktuellen Handelsauseinandersetzungen mit weitergehenden globalen negativen Auswirkungen kann jedoch die handelsoffene deutsche Wirtschaft empfindlich treffen und das Wachstum im kommenden Jahr nahezu halbieren.

2. Weltwirtschaft bleibt expansiv

Die Weltwirtschaft und der Welthandel wachsen seit dem vergangenen Jahr wieder etwas stärker als im Zeitraum 2012 bis 2016. Getragen wird diese höhere Dynamik gleichermaßen von den Industrieländern und den Schwellenländern. Damit einher geht eine wieder kräftiger werdende globale Investitionstätigkeit. Teilweise stehen dahinter allerdings staatliche Programme, deren Nachhaltigkeit sich mittelfristig noch erweisen muss. Die Staaten hebeln derzeit – gemessen an einer globalen Aufschwungphase – überdurchschnittlich das weltweite Wachstum.

In den USA steigt das Wachstumstempo angesichts der expansiven Fiskalpolitik an. Die Prognosen für die USA wurden zuletzt merklich angehoben. In China verlangsamt sich das Wachstum nach dem Auslaufen umfangreicher Ausgabenprogramme. Vorsicht gebietet die relativ hohe staatliche und private Verschuldung in China. In Indien nimmt das Tempo leicht zu. Russland und Brasilien haben nach einer längeren Schwächephase zu leicht positiven Wachstumsraten zurückgefunden. Im Euroraum hat sich die Wachstumsbasis verbreitert und die ökonomische Stimmung ist insgesamt gut. Vor allem die Investitionen legen zu und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Das derzeitige Tempo der globalen Wirtschaftsentwicklung wird sich im Jahr 2019 nicht ganz halten lassen. Zwar dürften die fiskalpolitischen Impulse in den USA und auch in Deutschland 2019 stärker zu Buche schlagen als in diesem Jahr. Auch vonseiten des Ölpreises wird eher eine Entlastung erwartet. Die etwas höheren Wachstumsraten in 2018 sind teilweise auf einen Basiseffekt infolge der zuvor schwächeren Wachstumsphase zurückzuführen. Im Euroraum steht mit dem Auslaufen der Staatsanleihekäufe und den voraussichtlich ersten Zinserhöhungen die geldpolitische Wende an. Zudem dürfte der absehbare Anstieg der langfristigen Marktzinsen in den USA, der dort durch die expansive Fiskalpolitik stärker ausfallen wird, auf den Euroraum einwirken. Diese Entwicklungen werden das nächste Jahr deutlich stärker prägen.

Es wird in der IW-Prognose davon ausgegangen, dass Protektionismus den Welthandel im Betrachtungszeitraum 2018 und 2019 nicht ernsthaft beeinträchtigt. Das gilt zunächst ebenso für den anstehenden Brexit. Der Welthandel legt 2018 um 4 ½ Prozent und 2019 mit 4 Prozent etwas moderater zu; die Welthandel-
elastizität bewegt sich damit wieder bei etwas über eins. Dabei wird erwartet, dass sich die globale Investitionstätigkeit nach der Seitwärtsbewegung in den letzten Jahren tendenziell erholt, was wiederum das Produkt- und Handelsportfolio der deutschen Wirtschaft eher begünstigt. Aber: Die Weltwirtschaft und die Investitionsanreize sind gegenüber protektionistischen Maßnahmen auch kurzfristig nicht immun.

3. Stabile Exporterwartungen der deutschen Firmen

In diesem vorgezeichneten weltwirtschaftlichen Fahrwasser wird der deutsche Außenhandel expandieren, freilich ohne Zugewinn an Dynamik. Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen für das Jahr 2018 haben sich seit dem Herbst 2017 nicht verbessert. Nach gut 32 Prozent erwarten derzeit gut 31 Prozent der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Firmen ein Plus beim Export. Knapp 10 Prozent sehen aktuell einen Rückgang, nach 9 Prozent im Herbst 2017. Der im Vergleich zum Herbst etwas niedrigere Saldo aus positiven und negativen Meldungen liegt deutlich *unterhalb* der Niveaus, die in früheren Boomphasen beobachtet wurden. Während sich die Ausfuhrperspektiven der Industrie merklich verbesserten, gingen die der Dienstleistungsunternehmen spürbar zurück. Die Auslandsgeschäfte werden von den westdeutschen Unternehmen nach wie vor erheblich besser eingeschätzt als von den Firmen in Ostdeutschland.

Vor diesem Hintergrund werden die realen Exporte im Jahr 2018 mit 5 ½ Prozent etwas stärker steigen als die Importe mit 5 ¼ Prozent. Das spiegelt zum einen die derzeit hohe Erholungsdynamik beim Exportgeschäft nach dem Durchhänger im Jahr 2016 wider und zum anderen die sich zunächst beschleunigende Weltkonjunktur. Im Jahr 2019 werden die realen Exporte mit 4 ¾ Prozent etwas schwächer expandieren und das Wachstum der realen Importe beläuft sich weiterhin auf rund 5 Prozent.

4. Robuster Investitionsauftrieb in Deutschland

Nach dem Rückgang im Jahresverlauf 2016 stiegen die Ausrüstungsinvestitionen 2017 kräftig an. Dies passt zur Erholung der Exporte und der Industrieproduktion. Vor dem Hintergrund der weiterhin stabilen Exportperspektiven wird eine Verstetigung des deutschen Investitionszyklus über den gesamten Prognosezeitraum erwartet. Im Jahresdurchschnitt 2018 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen das Vorjahresniveau um gut 5 ¼ Prozent übertreffen. Dabei schlägt ein Überhang von 2 Prozent zu Buche. Für das Jahr 2019 wird ein Zuwachs von gut 4 ¼ Prozent prognostiziert. Die Investitionen in die Sonstigen Anlagen – zu denen Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken gehören – legen in beiden Jahren um jeweils gut 4 Prozent zu. Hier zeigen sich die anhaltenden Anstrengungen, die im Kontext der Digitalisierung unternommen werden. Diese Investitionen sind wesentlich weniger zyklisch und damit auch weniger anfällig für allgemeine, auf das Wachstumspotenzial sich richtende Verunsicherungen. Sie haben vielmehr einen strukturellen Charakter, was ihre hohe Robustheit erklärt.

Bei der allgemeinen Investitionsprognose werden folgende Einflussgrößen berücksichtigt:

1. Die insgesamt zuversichtlichen Erwartungen für die Weltkonjunktur begünstigen die Investitionsanreize der weltmarktorientierten deutschen Wirtschaft. Gleichwohl wird die Investitionstätigkeit durch die anhaltenden protektionistischen Drohungen gebremst. Vor allem Investitionen im Rahmen globaler Wert-

schöpfungsketten – im Inland wie im Ausland – bleiben unter ihren Möglichkeiten.

2. Die bestehenden Kapazitätsengpässe in der Industrie, im Baugewerbe und bei den Dienstleistern erfordern zusätzliche Investitionen. Es gilt zu bedenken, dass fehlende Fachkräfte nicht einfach durch zusätzliche Kapitalgüter zu substituieren sind, sondern vielmehr selbst ein Investitionshemmnis darstellen.
3. Trotz leicht ansteigender Zinsen werden die Finanzierungsbedingungen für Unternehmensinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum sehr günstig bleiben. Zudem verfügen die Unternehmen insgesamt gesehen über relativ gute Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung.
4. Die Investitionserwartungen der deutschen Unternehmen gemäß der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2018 haben sich weiter verbessert. Nunmehr erwarten für dieses Jahr 45 Prozent der Betriebe höhere Investitionen, im Herbst 2017 waren es 42 Prozent. Der Anteil mit niedrigeren Investitionen beträgt nach wie vor 11 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen liegt mit knapp 35 Prozentpunkten nahe an den Rekordwerten früherer Aufschwungphasen.

Gemessen an der öffentlichen Wahrnehmung der aktuellen Baukonjunktur sind die Fakten und Prognosen eher bescheiden. Bei den Bauinvestitionen gab es zuletzt keine klare Entwicklungsrichtung. Vielmehr haben auch beim Wohnungsbau die Impulse im Jahresverlauf 2017 deutlich nachgelassen. Vor allem schlagen sich in den hohen nominalen Zuwächsen merkliche Preisanstiege

nieder. Im Prognosezeitraum 2018 und 2019 werden die realen Bauinvestitionen zwar ansteigen. Die Umsetzung der bestehenden Baunachfrage wird aber weiterhin unter ihren Möglichkeiten bleiben, weil Kapazitätsprobleme und fehlende Fachkräfte einen angebotsseitigen Potenzialdeckel verursachen. Die Baupreise werden ebenfalls weiter ansteigen.

5. Rekord bei den Beschäftigungserwartungen

Die Beschäftigungspläne der deutschen Unternehmen haben ein Rekordhoch erreicht. Nur in der IW-Frühjahrsbefragung 2011 lag der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungserwartungen der Unternehmen auf dem derzeitigen Niveau. Im Vergleich mit der Herbstbefragung 2017 haben sich die Beschäftigungsperspektiven deutlich verbessert. Während im Herbst 41 Prozent der Firmen in 2018 die Anzahl ihrer Mitarbeiter erhöhen wollten, sind es in diesem Frühjahr gut 46 Prozent. Nur knapp 9 Prozent planen derzeit einen Beschäftigungsabbau, nach gut 10 Prozent gemäß der Herbstbefragung 2017. Der hohe Mitarbeiterbedarf zeigt sich in allen ost- und westdeutschen Branchen.

Diese anhaltend hohe Arbeitskräftenachfrage bewirkt in Kombination mit dem hohen statistischen Überhang aus 2017 einen Beschäftigungszuwachs von 1 ¼ Prozent oder knapp 600.000 Personen im Jahr 2018. Im kommenden Jahr setzt sich der Beschäftigungsaufbau – trotz der zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Risiken – nur leicht abgebremst fort und im Jahresdurchschnitt werden fast 45,4 Millionen Personen hierzulande erwerbstätig sein. Der Abbau der Arbeitslosigkeit beschleunigt sich

ebenfalls, nicht zuletzt weil ein nennenswerter Zufluss aus dem Kreis der Geflüchteten noch ausbleibt. Im nächsten Jahr setzt sich die positive Entwicklung abgeschwächt fort. Im Jahresdurchschnitt 2019 wird sich die Anzahl der registrierten Arbeitslosen auf gut 2,2 Millionen Personen belaufen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5 Prozent.

6. Kräftiger Schub bei Konsum und Sparen

Die privaten Konsumausgaben waren in den letzten Jahren der größte Antreiber der Inlandsnachfrage. Den Konsum zeichnet hierzulande eine hohe Robustheit aus und dies strahlt in hohem Maß auf die Gesamtwirtschaft aus. Ursächlich für das insgesamt gute Konsumwachstum sind der Beschäftigungsaufbau und die damit verbundene Einkommensentwicklung. Die ansteigenden Verbraucherpreise haben im vergangenen Jahr jedoch merklich die Konsumdynamik abgebremst. Trotz der niedrigen Zinsen legte auch das Sparen kräftig zu und dies wirkte zuletzt sogar dämpfend auf den Konsum. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung versetzen die privaten Haushalte insgesamt in die Lage, sowohl ihren Konsum als auch ihre Spartätigkeit kräftig zu erhöhen.

Im Prognosezeitraum hält der Konsumaufschwung an. Für das Jahr 2018 wird ein Konsumplus von unter 1 ½ Prozent und für 2019 von gut 1 ½ Prozent erwartet. Folgendes wird hierbei unterstellt:

1. Von der Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung kommen kräftige Impulse. Die etwas nachlassende Beschäftigungsdynamik wird teils von der Lohnentwicklung kompensiert.

2. Für 2019 wurden im Koalitionsvertrag sowohl die Abschaffung des bisherigen Zusatzbeitrags zugunsten einer paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung verabredet als auch eine Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. In der Summe werden diese Maßnahmen die privaten Haushalte um rund 9 Milliarden Euro entlasten.
3. Das Zinsniveau bleibt trotz der absehbaren Zinswende günstig. Die Sparquote wird leicht auf über 10 Prozent ansteigen.
4. Die Inflationsrate wird in den beiden Prognosejahren jeweils bei knapp 1 $\frac{3}{4}$ Prozent liegen. Das entspricht mehr oder weniger auch der Kerninflation, da von den Energiepreisen keine weiteren Preiseffekte erwartet werden. Die sich nahe am Zielwert der EZB bewegende Teuerung spiegelt hierzulande auch die hohe Kapazitätsauslastung wider.

7. Zunehmend industriegetragener Aufschwung

Die stärksten Konjunkturimpulse kommen derzeit von der Industrie. Ihre reale Bruttowertschöpfung lag im Jahresdurchschnitt 2017 um 3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die im vergangenen Jahr deutlich anziehende Weltkonjunktur hat über das Auslandsgeschäft die deutsche Industrie mitgezogen. Der Dienstleistungssektor legte ebenfalls kontinuierlich, mit 2,2 Prozent aber spürbar moderater zu. Auf den ersten Blick überrascht die verhaltene Dynamik im Baugewerbe. Die reale Wertschöpfung stieg 2017 nur um 2,1 Prozent an. Nominal lag das Plus aber bei 7,6 Prozent, was den hohen Preisauftrieb reflektiert.

Mit Blick auf das Jahr 2018 zeigt sich unter den deutschen Unternehmen ein breiter Optimismus. Knapp 52 Prozent der Firmen erwarten ein Produktionsplus und nur gut 8 Prozent einen Rückgang. Damit steigt der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen auf nunmehr gut 43 Prozentpunkte an. Das sind knapp 3 Prozentpunkte mehr als bei der Herbstumfrage 2017 und es ist zugleich ein Niveau nahe an den Rekordwerten früherer Boomphasen:

- Die besten Geschäftsperspektiven melden die Industriefirmen. Hier rechnen gut 59 Prozent mit einem Plus und 9 Prozent mit einem Minus. Innerhalb der Industrie strotzen die Investitionsgüterfirmen vor Optimismus. Während 64 Prozent von einem Zuwachs ausgehen, sehen nur gut 6 Prozent einen Rückgang.
- Im Baugewerbe erwarten ebenfalls nur 6 Prozent eine geringere Wertschöpfung und 41 Prozent einen Anstieg.
- Unter den Dienstleistungsfirmen sind 47 Prozent optimistisch und knapp 8 Prozent pessimistisch gestimmt.

8. Weichenstellungen für anspannungsfreies Wachstum

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat gezeigt, in welchem Ausmaß derzeit eine Überauslastung in der deutschen Wirtschaft zu beobachten ist. Die Schätzungen auf Basis verschiedener Methoden zeigen eine hohe Beanspruchung der Produktionskapazitäten. Das Potenzialwachstum liegt derzeit bei rund $1\frac{3}{4}$ Prozent und ist damit merklich niedriger als das Wirtschaftswachstum. Das gilt für die letzten Jahre und für den Prognosezeitraum. Nicht zuletzt hat die IW-Konjunkturumfrage vom Herbst

2017 eine Unternehmensevidenz zur Auslastung der Produktionskapazitäten geliefert. Demnach sprach gut ein Drittel der deutschen Firmen von einer Überauslastung. Diese ist besonders auf angebotsseitige Gründe wie fehlende Mitarbeiter und Fachkräfte zurückzuführen.

Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung signalisiert keine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die langfristige Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die Vorsorge für die strukturellen, technischen und demografischen Herausforderungen. Mit Blick auf die bestehenden Beschränkungen durch fehlende Arbeitskräfte sind folgende Weichenstellungen vorzunehmen:

- Zusätzliche Arbeitsangebotspotenziale können durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiviert werden. Hierzu zählen neben entsprechenden Kita-Angeboten auch verlässliche Ganztagsangebote an Schulen. Die Nutzung digitaler Technologien ermöglicht eine höhere Flexibilität und eine bessere Vereinbarkeit. Restriktionen wie das tradierte Arbeitszeitgesetz müssen entsprechend angepasst werden.
- Die Rente mit 63 war ein Frühverrentungsprogramm, das teilweise große Lücken bei qualifizierten und erfahrenen Mitarbeitern gerissen hat. Diese Möglichkeit der vorgezogenen Verrentung sollte beendet und eine – auch zur Stabilisierung der Rentenversicherung notwendige – Ausweitung der Lebensarbeitszeit angestrebt werden.

- Eine qualifizierte Zuwanderung leistet ebenfalls einen Beitrag, die Fachkräfteengpässe zu bekämpfen. In der laufenden Legislaturperiode muss ein entsprechendes Einwanderungsgesetz angestrebt werden.
- Die Integration von Langzeitarbeitslosen muss verbessert werden. Hier sind entsprechende Qualifizierungen, aber auch Umschichtungen in den Arbeitsagenturen notwendig, um die Betreuung zu verbessern. Eine Abschaffung von Hartz IV wird es nicht geben: erstens wegen der Notwendigkeit einer Grundsicherung für Arbeitsuchende, zweitens wegen der erkennbaren Erfolge vor allem auch im Vergleich zu den beiden Vorgängersystemen Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, drittens wegen der in unserem Sozialsystem inhärenten Bedürftigkeitsprüfung. Die Vorschläge einer „solidarischen Grundsicherung“ sind letztlich unsolidarisch, unwirksam und perspektivlos.